

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

206.

SITZUNG

8 - 7 - 1964

Presidente: PUPP

Vicepresidente: ROSA

IV LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Mozione dei consiglieri regionali Nardin, Nicolodi, Raffaelli, Canestrini, Paris e Vinante sull'accertamento delle cause delle difficoltà finanziarie in cui versa la società SALVAR di Merano

pag. 3

INHALTSANGABE

Beschlußantrag betreffend die Ursachen der finanziellen Schwierigkeiten der SALVAR-Gesellschaft in Meran, vorgelegt von den Regionalratsabgeordneten Nardin, Nicolodi, Raffaelli, Canestrini, Paris und Vinante

Seite 3

Ore 10.28.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale del 7.7.1964.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): C'è un errore per quello chi mi riguarda: dichiarai di votare a favore dell'emendamento, non della mozione.

PRESIDENTE: Sarà rettificato.

Proseguiamo la discussione sulla *Mozione dei consiglieri regionali Nardin, Nicolodi, Raffaelli, Canestrini, Paris e Vinante sull'accertamento delle cause sulle difficoltà finanziarie in cui versa la società SALVAR di Merano.*

Discutiamo sull'emendamento presentato dal cons. Ceccon. Quale gruppo vuole ancora parlare? La parola al cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Um diese lange Diskussion nicht noch mehr hinauszuziehen, habe ich mich auf die wenigen zu sagenden Dinge vorbereitet. Die Diskussion über den Beschlußantrag betreffs der SALVAR scheint kein Ende nehmen zu wollen. Er befaßt sich mit der Verwaltung dieser Gesellschaft, die von den Antragstellern schon im vorhinein als schlecht, wenn nicht gar als betrügerisch hingestellt wird. Dazu kommt jetzt noch die Diskussion über die Auslegung unserer Geschäftsordnung, die sich ins Uferlose zu verlieren scheint. Eines dürfte wohl bereits sicher sein, nämlich, daß neben dem Bilanzfehlbetrag der SALVAR nun auch gewiß nicht sehr produktive Auslagen im Regionalratshaushalt zu verzeichnen sein werden. Die SVP - Fraktion hat bisher an der endlosen Diskussion über die SALVAR nicht teilgenommen, weil sie überzeugt ist, daß einem schwerkranken Unternehmen mit Verdächtigungen oder sogar mit Verleumdungen ausgerechnet jetzt in der schlimmsten Zeit seiner Krise nicht geholfen werden kann. Meine Fraktion glaubt außerdem nicht, daß ein Grund vorhanden ist diesen Weg zu wählen, zur um die Geschäftsgebarung der SALVAR zu verdächtigen oder sogar vom Gesichtspunkt des Strafgesetzbuches aus zu betrachten. Es sei mir gestattet, aus der Diskussion eine kleine Blütenlese herauszugreifen.

Der gleiche Abgeordnete, der am 17. Juni d.J. im Brustton der Entrüstung festgestellt hatte, daß frühere Verwaltungsratsmitglieder der SALVAR unverschämt genug bewesen wären, der Diskussion über die SALVAR-Verwaltung beizuwohnen, dieser selbe Abgeordnete hat gestern . . .

NARDIN (P.C.I.): Non spudorati! Non ho mai detto spudorati!

KAPFINGER (S.V.P.): No, mai detto. D'accordo !

NARDIN (P.C.I.): Ho detto che non avrei votato se fossi stato io.

KAPFINGER (S.V.P.): Comunque, non è mai stato detto spudorato. Non lo ho neppure affermato. Dieser selbe Abgeordnete also - richtiger müßte es mit « furor angelicus » ausgedrückt werden - hat auf die Würdelosigkeit der in Frage stehenden Abgeordneten hingewiesen, die es nicht für notwendig gefunden hätten, jetzt über ihre Tätigkeit Aufschluß zu geben. Jeder Kommentar dürfte sich erübrigen. Man muß sich fragen, was eigentlich bezweckt wird: die Sanierung der SALVAR oder etwas anderes? Die Vertreter der Region, hat es weiter geheißen, hätten nicht ihre Pflicht getan, weil sie das Aufkommen des heutigen Zustands nicht verhindert hätten sie hätten sogar eine Zweckentfremdung der Tätigkeit der SALVAR zugelassen. Vielleicht ist diesen Anklägern entgangen, daß die SALVAR eine Aktiengesellschaft ist, in der sich die Region in der Minderheit befindet. Sämtliche Geschäftsdokumente sollen geprüft werden, was, wie reichlich angekündigt, in vorurteilslosem Geist zu tun wäre. Mir scheint es, daß solche Dokumente schon reichlich genug zur Einsicht zur Verfügung standen und geprüft werden

konnten; ich brauche mich im Zusammenhang damit lediglich auf die gestrige Diskussion zu berufen. Wir haben an sich nichts gegen eine solche Forderung einzuwenden, doch möchte ich fragen, da wir nun schon einmal über die Aktendurchsicht sprechen, ob se bekannt ist, daß die Errichtung der jetzigen sicher sehr großen Anlagen der SALVAR in geheimer Abstimmung beschlossen worden ist und daß es bei derselben — an welcher der Unterzeichnete als Vertreter der Region teilgenommen hat —, auch eine Nein-Stimme und einen weißen Stimmzettel gegeben hat? Ist es ferner bekannt, daß der seinerzeitige Vertreter der Region die Minderheit bei der Aktienbeteiligung durch Beibehaltung des Grundeigentums fast ausgleichen wollte? Die entsprechenden Protokolle des Jahres 1957 befinden sich, glaube ich, bei der Regionalregierung in Trient. Und noch eine weitere Frage: Weiß man, daß erst nachdem dieser Vertreter nicht mehr bestätigt worden war, der von der Region teuer erworbene Grund der SALVAR an die absolute Mehrheit des Staates abgetreten worden ist? Aber dazu hat es wahrscheinlich einer neuen Regionalregierung bedurft in der nicht allein die DC vertreten war, sondern auch der Vertreter, der gestern hier vor uns Anklage erhoben hat. Man sagt, daß wir eine Zweckentfremdung geduldet hätten. Die hierauf bezogenen Behauptungen hätte ich schon gerne etwas besser begründet gehört. Warum wird also von einer Zweckentfremdung gesprochen? Ich lese im Zusammenhang damit aus dem Wortlaut des Gesetzes folgende Stelle vor: « Partecipazione della Regione alla costituzione della società per la valorizzazione e lo sfruttamento delle acque radioattive di Merano. Art. 1: La Giunta regionale è autorizzata a disporre e a concludere . . . per la valorizzazione e lo sfruttamento mediante la

costruzione e l'esercizio di stabilimenti termali delle acque radioattive e oligominerali di Merano». Nach meiner Ansicht ist die beschlossene Errichtung der SAOM keine Zweckentfremdung des Gesetzes gewesen. Es fragt sich nun, ob diese Gründung nützlich gewesen ist und wir sehen, daß sie lieder das Gegenteil bewirkt hat. Der Zweck hätte jedenfalls die erhofften Vorteile bedeuten sollen. Es wird dann behauptet, den Verwaltungen müsse ein Steuerbetrug vorgeworfen werden, weil die Bilanzen der SAOM zu günstig verfaßt worden seien. Meines Wissens liegt gewöhnlich eine Steuerhinterziehung dieser Art immer nur dann vor, wenn nicht günstige sondern ungünstig gehaltene Bilanzen vorgelegt werden, um durch dieselben einen möglichst geringen Betriebsgewinn vorzuspiegeln. Der Streit darüber, ob die hohen Werbeausgaben in einem oder mehreren Haushaltsplänen verbucht werden müßten, ist selbst unter den diplomierten Wirtschaftsberatern noch ungeklärt geblieben. In den Sitzungen des Aufsichtsrats ist hierüber stundenlang debattiert worden. Bekanntlich wurde die SALVAR errichtet, um die Wirtschaft Merans und seines Einzugsgebiets zu fördern, vor allem aber, um die Fremdensaisonzeit Merans zu verlängern. Dieses Ziel ist heute noch genau so wichtig wie damals. Die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder sah die Erreichung dieses Ziels durch die Errichtung groß angelegter Thermalbäder gesichert, andere Mitglieder erblickten diese Möglichkeit in der Verwirklichung eines vorerst bescheideneren Programms. Wer nun Recht gehabt hätte war zur Zeit und besonders vor der Inbetriebnahme nicht zu durchschauen. Diese Art der Werbung, durch welche die entstandenen Schwierigkeiten noch vergrößert werden, kann bestimmt nicht zum Wohl Merans sein. Sollten

Dinge vorgekommen sein, die nicht hätten vorkommen dürfen, dann glaube ich, daß durch die gesetzlich vorgesehenen Institutionen die Möglichkeit, wenn nicht gar die Notwendigkeit einer Nachprüfung gegeben ist. Wenn aber nun hergegangen wird, die entstandenen Schwierigkeiten bzw. vorhandenen Mängel mit einem sadistisch anmutenden Genuß — man verzeihe mir diesen Ausdruck — zu sezieren, um nicht zu sagen zu verzerren, dann kann ich das nicht mit Umsicht und Besorgnis für das öffentliche Wohl identifizieren. Wenn die Regionalregierung als Minderheit der SALVAR-A.G. glaubt, die Geschäftsunterlagen anfordern zu sollen und sie auch erhalten wird, dann haben wir nichts dagegen einzuwenden. Vorher sollte man sich jedoch auch über die Möglichkeiten der Minderheit vergewissern, um Blamagen zu vermeiden. Daß aber die Überprüfung der Akten offensichtlich im Geiste der vorgefaßten Meinung und Verurteilung getätigt werden soll, wie der Diskussion entnommen werden kann, kann von meiner Fraktion nicht geteilt werden.

(Per non tirare ancor più in lungo questa già lunga discussione mi sono annotato le poche cose che ci sono da dire. La discussione sulla mozione SALVAR sembra non finire più ed i presentatori della mozione che ha per oggetto l'amministrazione della società in questione la definiscono già anticipatamente cattiva, se non addirittura fraudolenta. A ciò si aggiunge ora anche la discussione sull'interpretazione del regolamento interno, discussione che sembra voglia protrarsi all'infinito. Una cosa però dovrebbe esser certa: accanto agli ammanchi nel bilancio della SALVAR si potranno elencare senz'altro anche le scarsamente produttive spese di bilancio del Consiglio regionale. Il gruppo della SVP non ha partecipato fino ad oggi alla lunghissima discussione sulla SALVAR

nella persuasione che per un'azienda in difficoltà nel momento peggiore della sua crisi non sia un aiuto avanzare sospetti o addirittura diffamazioni. Il mio gruppo non crede oltretutto che ci sia una ragione per scegliere questa via, per sospettare l'amministrazione della SALVAR o addirittura per sindacare il suo operato dal punto di vista del Codice penale. Permettetemi di presentarvi un piccolo florilegio della discussione. Lo stesso consigliere che il 17 giugno scorso aveva osservato con tono di sdegno scandalizzato che ex-membri del consiglio di amministrazione della SALVAR erano stati così spudorati da assistere alla discussione sull'amministrazione della stessa società, ha detto ieri . . .).

NARDIN: *Non spudorati! Non ho mai detto spudorati!*

KAPFINGER: *No, mai detto. D'accordo?*

NARDIN: *Ho detto che non avrei votato, se fossi io.*

KAPFINGER: *Comunque, non è mai stato detto spudorato. Non lo ho neppure affermato. (Questo stesso consigliere dunque — meglio di tutto lo si potrebbe definire « furor angelicus » — ha accennato alla mancanza di dignità di questi consiglieri che ora non trovano necessario render conto della loro attività. Bisognerà chiedersi quale sia in definitiva lo scopo di tutto ciò: il risanamento della SALVAR o qualcosa di diverso? Si è detto ancora che i rappresentanti della Regione non hanno fatto il loro dovere perchè non hanno impedito che si arrivasse alla situazione attuale; essi avrebbero inoltre perfino permesso che l'attività della SALVAR si allontanasse dai fini statutari. A tali accusatori è forse sfuggito che*

la SALVAR è una società per azioni in cui la Regione è una minoranza. Bisognerebbe innanzitutto controllare tutti i documenti d'esercizio e farlo inoltre, come già si è annunciato, con spirito scevro da pregiudizi. Mi sembra che tali documenti siano stati largamente a disposizione per un'ispezione e che un controllo si sarebbe potuto fare: a questo proposito basta che mi riferisca alla discussione di ieri. In sé non abbiamo nulla in contrario ad una tale richiesta; soltanto vorrei chiedere, visto che si parla di un esame dei documenti, se sia noto che la costituzione dei senz'altro imponenti attuali impianti della SALVAR è stata stabilita con votazione segreta e che nel corso della stessa — a cui il sottoscritto ha preso parte come rappresentante della Regione — ci sono stati anche un voto contrario ed una scheda bianca? E' noto ancora che il rappresentante regionale di allora voleva bilanciare la minoranza nella partecipazione azionaria con la conservazione della proprietà immobiliare? Credo che i relativi verbali del 1957 si trovino presso la Giunta regionale a Trento. Ancora una domanda: è noto che soltanto dopo la mancata conferma di tale rappresentante della Regione il terreno della SALVAR, acquistato a caro prezzo dalla Regione, è stato ceduto allo Stato che nella società ha la maggioranza assoluta? Per questo però è stato probabilmente necessario un Governo regionale in cui non fosse rappresentata soltanto la DC ma anche il partito di quel consigliere che ieri lanciava accuse in Consiglio. Si è detto che noi avremmo permesso che la società fosse distratta dai suoi compiti: le affermazioni in tal senso avrebbero dovuto essere però un po' meglio fondate. Perchè si parla dunque di una distrazione dai compiti della società? A tale riguardo cito dal testo della legge il seguente passo: " Partecipazione della Regione alla co-

stituzione della società per la valorizzazione e lo sfruttamento delle acque radioattive di Merano. Art. 1: La Giunta regionale è autorizzata a disporre e a concludere... per la valorizzazione e lo sfruttamento mediante la costruzione e l'esercizio di stabilimenti termali delle acque radioattive e oligominerali di Merano". Mi sembra che la decisione di costituire la SAOM non sia stata affatto una distrazione dai fini sociali stabiliti dalla legge. La questione è se la costituzione di questa società sia stata o no utile e noi constatiamo purtroppo che essa ha fallito il suo scopo, il quale avrebbe dovuto consistere comunque nel raggiungimento dei vantaggi sperati. Si afferma poi che le amministrazioni vanno accusate di frodi fiscali perchè i bilanci della SAOM erano impostati troppo ottimisticamente. Per quanto ne so una frode fiscale di tal genere esiste soltanto quando si presentano bilanci sfavorevoli, e non ottimisti, per dare ad intendere che il guadagno sia il più scarso possibile. La questione se le elevate spese pubblicitarie debbano essere distribuite su uno o più esercizi non è ancora stata risolta nemmeno dai consulenti economici diplomati ed anche nelle sedute del consiglio di vigilanza se ne è discusso per ore. La società SALVAR è stata notoriamente fondata per dare nuovo impulso all'economia di Merano e dintorni, soprattutto però per prolungare la stagione turistica della città. Questo fine riveste oggi altrettanta importanza di allora: la maggioranza dei membri del consiglio di amministrazione ha ritenuto che esso si potesse meglio raggiungere con la costruzione di grandiose terme, altri invece hanno visto questa possibilità nella realizzazione di un programma inizialmente più modesto. A quel tempo era impossibile prevedere chi avrebbe avuto ragione e ciò ancor più prima dell'entrata in funzione delle terme. Questo

genere di propaganda che esagera le difficoltà presentatesi, non può andare sicuramente a vantaggio di Merano. Se si sono verificate cose che non dovevano avvenire, credo che attraverso gli strumenti previsti dalla legge sia possibile, anche se non necessario, un controllo. Se invece si procede a sezionare, per non dire a deformare, le difficoltà presentatesi e le deficienze esistenti con un gusto — mi si perdoni l'espressione — sadico, allora tutto ciò si potrà difficilmente identificare con l'avvedutezza e con la cura del bene pubblico. Se il Governo regionale, in qualità di minoranza entro la SALVAR, crede di dover chiedere i documenti di esercizio e li ottiene, non abbiamo niente in contrario. Comunque bisognerebbe prima informarsi sulle possibilità della minoranza per evitare una brutta figura. Il mio gruppo però non può approvare che il controllo dei documenti avvenga con manifesto spirito di pregiudizio e preventiva condanna, come si può rilevare dalla discussione).

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola? La parola al cons. Nicolodi.

NICOLODI (P.S.I): Se ieri il collega Odorizzi non fosse intervenuto non avrei preso nemmeno io la parola, ma dopo quell'intervento mi vedo costretto a parlare. La frase del collega Odorizzi « devo vincere la nausea e prendere la parola in questa discussione » è stata quanto mai infelice. Il collega Odorizzi è mancato tante volte e se le discussioni che avvenivano in questo consesso lo nauseavano poteva andare al bar o in qualche altro posto a prendere un sedativo e a mettersi a posto lo stomaco. Bisogna avere rispetto delle discussioni democratiche e lasciare a tutti la più ampia libertà di discutere le cose, senza che ciò possa provocare la nausea a nessuno.

Del resto, se la discussione si è protratta così a lungo è anche colpa della maggioranza, che ha voluto trovare una forzosa interpretazione del regolamento interno, perchè per me era pacifico, e non ci doveva essere discussione, che su una mozione, nella quale si accetta la presentazione di un emendamento aggiuntivo, sostitutivo o modificativo, va votato l'emendamento. Se l'emendamento viene approvato modifica la mozione, se l'emendamento non viene approvato rimane la mozione originale, quella che era; perchè? Perchè potrebbe darsi che su un emendamento teoricamente non si possa trovare la maggioranza, mentre sulla mozione originale la maggioranza si possa trovare in un Consiglio. Quindi bisogna lasciare al Consiglio la possibilità di poter votare, e sull'emendamento e sulla mozione. Se questa questione mi fosse capitata nel Consiglio provinciale non avrei avuto dubbi a risolverla in questo senso.

Per quanto riguarda poi il problema sollevato dall'avv. Odorizzi che dice: soltanto l'ente Regione ha il diritto di chiedere degli atti o comunque dei documenti, perchè soltanto il suo Presidente rappresenta la Regione. Non è vero. L'art. 22 del nostro Statuto dice che i membri del Consiglio regionale rappresentano l'intera Regione. E poi, cos'è l'ente Regione? L'ente astratto; sul filo giuridico dell'esposizione di ieri del cons. Odorizzi posso essere anche d'accordo, ma noi non siamo un'accademia di avvocati e di giuridici, noi siamo un consesso politico, e quindi dobbiamo discutere e valutare le cose sotto il profilo puramente politico, perchè la nostra concezione della Regione non è l'ente astratto, la nostra concezione della Regione è la popolazione che in questa regione vive, lavora, opera e vota; sono gli 800 mila abitanti di questa regione che noi qui rappresentiamo e sono gli

800 mila abitanti di questa regione che hanno il diritto di conoscere quali sono le azioni che la Regione svolge in una società per azioni e in qualsiasi altro ente, e abbiamo il diritto e il dovere di informare dal punto di vista completamente obiettivo, quali sono le nostre attività, qualunque siano i rappresentanti in qualsiasi ente, in qualsiasi società, in nome della Regione. Perchè noi siamo abituati, almeno per quanto riguarda il mio partito, ad informare i nostri elettori su tutta l'attività che noi svolgiamo e che svolgono gli altri nei Consessi dove siamo rappresentanti. Quindi è da escludere il concepire la Regione come ai tempi della « belle époque » del re Sole, dove diceva: « la Regione sono io ». La Regione siamo tutti, sono tutti i cittadini, e quindi se noi chiediamo questi documenti, li chiediamo per avere un'informazione diretta sui documenti, li chiediamo per poter informare anche i nostri elettori di come stanno veramente le cose. E ci dite che noi non facciamo delle accuse specifiche, che noi facciamo, così a occhio delle denunce, e poi d'altra parte ci rifiutate di consegnarci i documenti dove possiamo veramente documentarci sulla verità di queste cose. Noi non siamo del resto nè dei poliziotti, nè dei magistrati, noi siamo dei politici e vogliamo raccogliere le voci e della stampa e dell'opinione pubblica, portarle nel consesso, chiedere alla maggioranza o ai responsabili di questo Consesso che ci mettano in condizioni di poterci documentare su quanto dice l'opinione pubblica, su quanto la stampa ripete, su quanto è di opinione generale. Questo è ciò che noi chiediamo. E abbiamo accettato l'emendamento presentato dai colleghi del M.S.I. perchè i consiglieri siano messi in condizione di poter prendere cognizione diretta di come si sono svolte le attività della SALVAR. Del resto nessuno lo può negare che è stato un

fallimento, perchè sono cinque anni che sono lì ferme le Terme, che non si fa più niente; c'è un capitale immobilizzato, non si sa quale soluzione ci sarà. E allora, possiamo o no sapere che intenzioni ci sono, come siamo arrivati a questa situazione? Questo è il problema, il resto è tutto polemica che si vuol fare. Metteteci in condizione di documentarci e vedrete che sapremmo essere molto obiettivi quando avremmo la possibilità di avere documenti ufficiali su cui basarci.

Per questo siamo stati favorevoli all'emendamento e lo voteremo.

PRESIDENTE: Nessun altro prende la parola? La parola all'Assessore Fronza.

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): Per rispondere a tutti gli argomenti portati qui ci vorrebbe forse una giornata o anche più giornate, ma bisogna guardare alla sostanza delle cose e cercare di ridimensionare dati e fatti, distinguendo le situazioni e dicendo che si tratta di un società per azioni, autorizzata dal Consiglio regionale a suo tempo. Società per azioni che è costituita da soci, dove lo Stato, e per esso l'Ente Terme, ha il 60% delle azioni, la Regione il 32%, e il rimanente 8% è diviso fra l'azienda di soggiorno di Merano e il comune. Questo per quanto riguarda la SALVAR. Per quanto riguarda la SAOM, invece, teniamo presente che anche quella è una società per azioni, dove l'1% è del comune di Merano, era del comune di Merano, e il resto è della società SALVAR. Questi sono i fatti; per la SALVAR, è stato autorizzato dal Consiglio regionale, il secondo è stato autorizzato da una regolare assemblea della società SALVAR.

La Giunta regionale ha esaminato attentamente le richieste formulate con questa mo-

zione, con la mozione vecchia, con la mozione nuova, e in particolare con l'emendamento che si è voluto introdurre da parte del M.S.I. nel nuovo testo che è stato distribuito in questi giorni. Giova premettere che la situazione di questa società di partecipazione, come si fa normalmente per le altre società, è costantemente tenuta sotto controllo, in questi ultimi tempi, e non solo in questi ultimi tempi, ma fin dall'inizio di questa legislatura. Da quando il sottoscritto ha avuto l'incarico, ha fatto frequenti relazioni alla Giunta regionale, che erano conseguenza di altre relazioni fatte dai rappresentanti della Regione negli organi della società SALVAR. Teniamo presente che così era avvenuto anche nella precedente Giunta regionale. Da parte della medesima Giunta si è voluto esaminarla, non solo come socia di minoranza, ma anche assieme ai rappresentanti delle maggioranze, allo scopo di agevolare lo scopo della difficile situazione finanziaria della società, e pertanto quindi anche le richieste dei firmatari della mozione, e le richieste fatte in altre occasioni, sono state oggetto di varie discussioni. Teniamo presente che questa società SALVAR è stata fatta, come ha ricordato qui giustamente il cons. Kapfinger, per contribuire alla valutazione turistico-economica di Merano, per allungare la stagione, ed è stata sostenuta da parecchio tempo, si parla di decenni. L'argomento comunque di questa situazione difficile è stato trattato con i rappresentanti di altri azionisti la settimana scorsa, verrà trattato anche prossimamente, sia perchè essi stessi direttamente interessati, sia perchè interessato soprattutto il socio Ente Terme, quale azionista di maggioranza. La Giunta regionale ha deciso di interessare in proposito anche il Ministero delle partecipazioni statali. Quindi quando il cons. Nicolodi chiede dei dati, li chieda a noi, ma li chieda

anche ai suoi colleghi che saranno al Governo prossimamente, perchè il socio di maggioranza ha da dare maggiori dati e da dare maggiori ragioni della sua azione, forse molto di più di noi soci di minoranza, Regione, e anche dei soci di Merano.

Prima di rispondere specificatamente ai quesiti proposti, mi permetto però di illustrare brevemente l'atteggiamento assunto dalla Giunta nei confronti della società, anche allo scopo di correggere talune errate informazioni e dichiarazioni dei consiglieri firmatari della mozione, specie in riguardo alla presunta resistenza della Giunta a fornire dati ed informazioni ai consiglieri regionali. In data 31 gennaio 1963 il sottoscritto si preoccupò innanzitutto di aggiornare puntualmente i consiglieri regionali, dispensando una dettagliata relazione nella quale venivano illustrate le vicende amministrative della SALVAR e della società figlia SAOM. Già in quella relazione vennero chiarite le ragioni e le cause che avevano compromesso la realizzazione del programma della SALVAR. Successivamente ebbero luogo due riunioni della Commissione finanze, la quale ha avuto anche la possibilità di interpellare direttamente i rappresentanti degli altri azionisti che, da quanto risulta dai verbali delle relative sedute, fornirono tutti i dati richiesti. I consiglieri membri della Commissione finanze ricorderanno come i rappresentanti del socio maggioritario, l'ente di gestione delle Terme demaniali dello Stato, analogamente interpellati in occasione dell'incontro del 29 gennaio 1964, hanno espresso l'opinione che dei cessati amministratori della SALVAR non potessero essere individuati atti illeciti che giustificassero una denuncia penale, accennando invece ad una errata valutazione delle possibilità economiche nel campo della produzione e della vendita dell'acqua oligominerale e

ad un ottimismo troppo spinto sulle possibilità di finanziamento delle due società.

Sostanzialmente, per la Giunta regionale, le cause principali dell'attuale, difficile situazione della società, vanno identificate nei seguenti punti: 1) il capitale liquido a disposizione della società in lire 600 milioni, corrispondenti alla quota di capitale liquido sottoscritto dallo Stato, era fin dall'inizio insufficiente per realizzare il complesso di uno stabilimento termale a Merano; finora sono stati investiti nella costruzione del grezzo dello stabilimento e nelle opere di captazione e conduzione, circa 335 milioni di lire; 2) gli amministratori credevano che investendo una parte del residuo capitale liquido nella creazione di uno stabilimento per l'imbottigliamento delle acque oligominerali — compresa nella concessione mineraria — si potessero ottenere utili sufficienti a pagare gli interessi e le rate di ammortamento di un mutuo da assumersi per la realizzazione dello stabilimento termale; 3) malgrado una propaganda costosissima ed estesa, lo stabilimento di imbottigliamento della SAOM non ha potuto sostenere la forte concorrenza esistente in questo campo, ed ha segnato, contrariamente alle rose prospettive esposte al consiglio d'amministrazione del tempo dall'allora amministratore unico, una perdita sempre crescente che ha assorbito in pochi anni le residue disponibilità liquide della SALVAR ed ha procurato un debito verso le banche di circa 500 milioni.

Tali errate valutazioni delle disponibilità economiche della società, e la successiva incompetente gestione dell'azienda SAOM, non possono però essere considerate reati perseguibili in sede giudiziaria e quindi, fintantochè non fossero insorti elementi delittuosi più concreti, la Giunta — od altro socio — non potevano evidentemente agire in quella direzio-

ne. Va ribadito, a questo punto, quanto già fatto presente in altre occasioni dalla Giunta regionale e per essa dal sottoscritto, e cioè che non avevano e non hanno motivo alcuno per coprire responsabilità di chicchessia o di rifiutarsi di agire nel senso richiesto dai firmatari della mozione, quando ne esistano concrete premesse.

Per quanto riguarda le vicende più prossime della società, ritengo opportuno informare, a questo punto, che è avviata a conclusione la lunga trattativa con la società Recoaro per la cessione dell'azienda SAOM. Già alla data del primo gennaio 1964, la società Recoaro è comunque subentrata nella gestione dell'azienda e l'acqua di Merano continua ad essere venduta col suo nome, ed a svolgere quindi quella funzione di propaganda che le era anche stata assegnata. L'operazione di cessione si imponeva come assolutamente necessaria per sgravare la SALVAR da ogni impegno per la copertura del disavanzo della società figlia e per il finanziamento delle spese necessarie allo sviluppo dell'azienda. La conclusione di tale trattativa può essere quindi considerata come il più importante passo verso il risanamento della posizione debitoria della SALVAR. Per la normalizzazione definitiva di tale situazione, sarà però necessario procedere all'assunzione di un mutuo a medio termine, e contemporaneamente all'aumento del capitale sociale. Il ritardo finora frapposto alla discussione del provvedimento di legge relativo all'aumento della quota di spettanza della Regione, è dovuto esclusivamente alla necessità di adeguarsi al programma dell'Ente Terme, il quale attualmente non è in grado di deliberare essendo scaduto il proprio consiglio di amministrazione.

Si ritiene comunque che ogni remora verrà a cessare quanto prima, in modo che il

Consiglio possa discutere fra breve il provvedimento di legge in parola, al quale, probabilmente, ne verrà abbinato un secondo per la regolarizzazione formale di una determinata situazione afferente la cessione dell'azienda SAOM alla Recoaro.

Venendo a trattare specificatamente i quesiti proposti dalla nozione del 18 giugno ritengo necessario precisare quanto segue: va innanzitutto osservato che la SALVAR è stata costituita nella forma di una società per azioni ed il suo funzionamento ed i controlli cui è sottoposta non possono essere che quelli stabiliti per tale tipo di società.

Ciò premesso, non essendo dubbio che l'organo di controllo della gestione sociale è il Collegio sindacale, al quale spetta di controllare l'amministrazione e di vigilare sull'osservanza della legge, e poichè ogni socio può denunciare ai sindaci quella attività degli amministratori che egli ritiene censurabile, ne risulta che il codice civile offre i mezzi a tutti gli azionisti, ancorchè Enti pubblici, di ottenere il rispetto della legge e di impedire ogni abuso da parte degli amministratori. In questa situazione può la Regione richiedere atti e documenti della società per discuterne in seno ai suoi organi uno dei quali, il Consiglio, tiene pubbliche sedute?

Secondo i principi la Regione può e deve discutere liberamente tutti i problemi relativi ai Suoi interessi e quindi non può ignorare i fini che si è proposta di raggiungere con la costituzione della società, la possibilità che tali fini vengano raggiunti, mentre dovrebbe astenersi da tutte quelle attività che spettano agli organi della società, specificatamente al Collegio sindacale. La Regione di conseguenza non dovrebbe discutere dell'amministrazione e del controllo della società, ma può esaminare le risultanze delle deliberazioni e

discuterle liberamente ai fini di deliberare circa il suo atteggiamento riguardo alla società. In definitiva, il Consiglio regionale non può ordinare l'esibizione di documenti in forza della sua autonoma potestà di imperio, che non si estende alle società private.

Laddove inoltre la mozione chiede l'intervento della Giunta regionale perchè prenda visione degli atti della società, allo scopo di permettere il controllo della sua amministrazione e provocare l'intervento della Magistratura, la Regione invade il campo di competenza del Collegio dei sindaci al quale tali attribuzioni spettano per legge.

Si deve inoltre tener presente che anche la sola discussione di un eventuale denuncia all'autorità giudiziaria è cosa pregiudizievole all'onore, al prestigio ed alla rispettabilità delle persone considerate, per cui ogni cautela deve essere adottata prima di prendere decisioni definitive in questo senso.

La Giunta regionale ritiene pertanto che sotto il profilo giuridico la mozione non possa essere accolta, mancando attualmente elementi sicuri ed obiettivi per promuovere una responsabile azione penale nei confronti di chicchessia. La Giunta regionale ha dato comunque mandato ai suoi rappresentanti di intensificare la loro attività anche in funzione della ricerca delle cause dell'attuale difficile situazione, e confida di avere la possibilità di fornire maggiori ragguagli nelle varie occasioni che fra breve si presenteranno per discutere delle vicende di tale società.

Ed ora vengo a rispondere alle obiezioni che sono state fatte in questi giorni. E' stato mosso rilievo circa alcune presunte distorsioni del fine sociale, che sarebbero avvenute con la costituzione della SAOM; vorrei rilevare che l'art. 14 della legge e dello statuto della SALVAR parlano di valorizzazione e sfrutta-

mento delle acque oligominerali, sia direttamente che indirettamente, con iniziative che siano rivolte al fine suddetto. Quindi lo sfruttamento in questo senso era praticamente già previsto dallo statuto: è del resto prassi corrente, nelle società per azioni, pubbliche o private che siano per i loro fondatori e soci, e nel campo commerciale ed industriale, quella della filiazione di società che debbano svolgere determinati, particolari compiti. Più e più volte si è affermato che non sono state date ai consiglieri informazioni, che non è stato consentito un dibattito sulla SALVAR, che non si sono messi i signori consiglieri in condizioni di decidere. Io ricordo soltanto le riunioni della Commissione alle finanze, delle quali esistono i verbali: andate a consultarli e vedrete se non si è discusso, come si è discusso su questa ed altre mozioni.

Dice un altro consigliere che il tempo delle denunce non è ancora finito.

Ripeto che la Giunta non intende coprire responsabilità alcuna, ma dateci una documentazione; avete affermato che ci sono ammanchi, per un miliardo e mezzo è stato detto, bilanci falsificati, milioni sperperati in spese pubblicitarie: sono tutti argomenti che già sono stati discussi in Commissione finanze ed ai quali è stata data esauriente risposta dal rappresentante dello Stato. Il tempo delle denunce non è finito, siamo d'accordo tutti: fortunatamente questo in democrazia si può fare, mentre altrettanto non accade in altri sistemi dove le denunce non si fanno, o si fanno ed a vent'anni di distanza ci si accorge . . .

NARDIN (P.C.I.): Questo è un colpo di genio!

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): Si fa quello che si può . . .

NARDIN (P.C.I.): Nell'Unione sovietica gente come questa va in galera o viene fucilata . . .

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): Salvo riabilitarla vent'anni dopo perchè ci si era sbagliati . . .

Per quanto riguarda il passaggio della SAOM alla Recoaro, è stato detto in febbraio che non siamo in grado di darne i dettagli, perchè l'accordo ancora non è definitivamente concluso; del resto non va dimenticato che la nostra partecipazione alla SAOM è indiretta. Per quanto riguarda la situazione economico-finanziaria del 1963, c'è il bilancio finale, pubblicato, depositato in tribunale . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): Però sul « Bollettino ufficiale » non è apparso . . .

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): La relazione di questo bilancio dice (*legge*). La relazione sulla SAOM ridimensiona la situazione senza nascondere la verità; i bilanci riassumono l'andamento economico della società fin dalla sua nascita. (*Legge dati di quel bilancio*).

Occorre una maggiore documentazione, signori, per avanzare accuse di falso in questo bilancio. Vero è che ci sono state discussioni accese, che si è finito anche con una votazione che ha dato ragione ad un gruppo contro un altro gruppo nella determinazione dei criteri di valutazione di merci ed attrezzature ed altre cose; ma si tratta di valutazioni differenti, non si tratta di falsificazione di dati. Anche il controllo della situazione interna, degli stipendi differenziati, delle signorine, dei dirigenti . . . Io so che ci sono stati, a questo proposito, anche interventi dei sindacati, che si è sempre raggiunto l'accordo; d'altronde

de le capacità dei dipendenti vanno pur riconosciute quando esistono, come vanno rispettati i diritti acquisiti, di anzianità od altro. Per quanto riguarda le valutazioni dei contratti riguardanti gli ispettori ed altro, bisogna ricordare però che quando si imposta una società, una iniziativa, è necessario assicurarsi la rappresentanza nelle zone di maggiore interesse; si è trattato di valutazioni errate, di impressioni sbagliate, va bene, ma non di illeciti penali.

La propaganda: la propaganda era stata fatta veramente su vasta scala; anche televisione e cinema erano impegnati, si trattava di un lancio. Mi pare che tutto questo, almeno in parte, potrà essere utile alla nuova società. Azione della rappresentanza regionale nella SALVAR e nella SAOM: la Regione, nel 1958, nominò un suo rappresentante nella SALVAR, il cons. Kapfinger, mentre il dott. Saltori era nominato nel collegio dei sindaci. Gli amministratori della SAOM furono nominati dal consiglio della SALVAR senza nessuna possibilità di intromissione della Regione. Dal 1961 i rappresentanti della Regione divennero due, a seguito dell'aumento dell'apporto, e a questo proposito devo rettificare una affermazione del cons. Kapfinger: questo aumento fu deliberato non dalla Giunta nella quale sedeva il consigliere liberale, nella attuale legislatura, ma dalla Giunta precedente, in data 15 ottobre 1960. Critiche, obiezioni, rilievi sull'andamento della società furono mossi dai nostri rappresentanti e rappresentati anche alla Giunta regionale; tuttavia era la maggioranza che decideva, e la maggioranza non era data dalla Regione. Anche recentemente il rappresentante della Regione, Minach, che vi siede attualmente col cons. Fioreschy, ha scritto all'Assessorato rappresentando situazioni e perplessità.

Nel gennaio del 1962 un circostanziato rapporto del sindaco, rappresentante la Regione nel collegio dei sindaci della SALVAR, denunciò la situazione; ed anche le minoranze ne vennero a conoscenza e non ce ne dispiacque, proprio perchè non abbiamo mai voluto nascondere nulla. I rilievi segnalati furono discussi in sede di Giunta regionale, furono resi noti in sede romana. Vorrei ricordare che proprio quella lettera del nostro sindaco del 26 febbraio 1962, contenente critiche, suggerimenti, impressioni, fu alla base dei provvedimenti che portarono alla sostituzione del consiglio di amministrazione: ciò avvenne per l'azione dei rappresentanti della Regione nel Consiglio e per l'azione della Giunta. Si è insistito perchè il personale sia competente, e siamo tutti d'accordo. Va anche ricordato che la società non aveva altri mezzi che quelli d'origine e che non si poteva agire diversamente. Anche il cons. Minach ha segnalato obiezioni e situazioni. Le dimissioni dell'ing. Consiglio furono provocate da una divergenza di vedute sull'alleggerimento del personale gravante sulla società, alleggerimento che egli voleva immediato e totale, mentre altri consiglieri, anche per considerazioni di carattere sociale, preferirono scaglionare i licenziamenti, in modo da consentire il riassorbimento di essi. Attualmente la situazione è pesante, non si può disconoscerlo; c'è stata della megalomania amministrativa, c'è stata pubblicità sbagliata, ma è certo più facile giudicare a posteriori. La Giunta regionale continua la sua vigilanza e non mancherà di riferire al Consiglio, anche ulteriormente; gliene forniranno occasione la discussione dei disegni di legge sull'aumento del capitale azionario e sulla contitolarietà della concessione. La Giunta regionale ha compiuto e continuerà a compiere il suo dovere, anche vigilando in re-

lazione alle accuse che sono state mosse, se si dimostrerà necessario. Ora la situazione è quella che è stata descritta.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento; chi è favorevole? 4 sì, 14 no, 6 astenuti. E' respinto.

Adesso c'è un altro emendamento, all'art. 1, che è già stato votato, non posso...

NARDIN (P.C.I.): No, è un primo punto che intendiamo premettere all'altro nostro emendamento dal testo originario; se vuol leggerlo signor Presidente, il Consiglio comprenderebbe di che cosa si tratta e mi pare cosa importante, che può cambiare tutto...

PRESIDENTE: La mozione non ha nessun primo punto...

NARDIN (P.C.I.): E' un emendamento che propone un punto 1), a cui farà seguito un nostro emendamento che rappresenta il punto 2), e proponiamo che la Giunta regionale nomini essa una sua Commissione per valutare gli atti delle deliberazioni della SALVAR. Poi diciamo, al punto 2, che, in base all'esame di questa Commissione, se la Giunta ravvisa eventuali violazioni di legge, interessi la Magistratura. Basta. Cioè, lasciamo alla Giunta regionale il compito di valutare tutta la situazione, di accertare tutta questa situazione, con una sua Commissione. Tutto qui. Noi manteniamo integro il nostro punto di vista relativamente al diritto del Consiglio di esser posto a conoscenza degli atti, ma siccome la maggioranza ha respinto questa tesi, questa richiesta, o questa proposta, noi proponiamo che la Giunta nomini essa una sua Commissione.

PRESIDENTE: Vorrei sapere quale è il punto uno, di quale delibera. Dov'è un punto uno?

NARDIN (P.C.I.): Tolga il punto uno, signor Presidente, se vuol formalizzarsi. E' un emendamento che va discusso prima dell'altro emendamento segnato al punto 2, di quel nuovo testo della mozione che è stato distribuito ieri.

PRESIDENTE: Signori consiglieri, i cons. Nardin, Paris, Vinante, Raffaelli, scrivono: « emendamento al 1° punto della deliberazione proposta; introdurre il seguente testo . . . Io non vedo un 1° punto della delibera. Poi un nuovo emendamento: « di impegnare la Giunta a nominare una Commissione di cui facciano parte i due rappresentanti proposti dai gruppi consiliari di opposizione del Consiglio regionale, avente il compito di compiere un esame su tutti gli atti e le delibere della SALVAR ».

Poi un emendamento al punto 2°. Questo è respinto.

Adesso prendiamo l'emendamento nuovo presentato. La parola al cons. Nardin.

NARDIN P.C.I.): Basta far procedere all'emendamento da noi proposto, questo testo, e così si è a posto.

PRESIDENTE: Questo è un nuovo emendamento, ma non al 1° punto. Adesso discutiamo questo emendamento: « impegnare la Giunta a nominare una Commissione, di cui facciano parte due rappresentanti proposti dai gruppi consiliari di opposizione del Consiglio regionale, avente il compito di compiere un esame su tutti gli atti e le delibere della SALVAR.

Su questo emendamento discutiamo ora. Cons. Nardin, vuole illustrarlo?

NARDIN (P.C.I.): Non impressionatevi, sarò breve. Come dicevo prima, noi intendiamo far questa proposta per vedere se, pur mantenendo integro il nostro punto di vista circa il diritto del Consiglio di venire posto a conoscenza degli atti relativi a questa società, che vede la partecipazione della Regione, e in questo dissentendo da quanto detto dal collega Odorizzi, noi intendiamo offrire un'altra soluzione, perchè due cose ci interessano: ci interessa che sulla SALVAR sia fatta luce; e mi pare che la parte finale della relazione dell'Assessore Fronza abbia lasciato intendere che è ancora necessario condurre più a fondo questo esame, questa analisi, allo scopo di accertare se violazioni ci siano state e così via, negli atti, nelle deliberazioni della SALVAR e dei suoi amministratori. Quindi offrire una soluzione, demandando alla Giunta il compito di istituire una commissione, avente il fine che è stato indicato nell'emendamento. Chiediamo che in questa commissione si possa far posto a due rappresentanti designati dall'opposizione, intendendo per parte nostra che non dovrebbero essere designati consiglieri regionali, ma persone tecniche esterne al Consiglio, sia ben chiara questa precisazione. Almeno a questo pensiamo che si possa arrivare, da parte della Giunta regionale, perchè abbiamo sentito nel corso di questi dibattiti che sono stati compiuti vari esami in ordine alla gestione SALVAR, ma abbiamo anche compreso molto bene, sia nel corso di questo dibattito, sia anche nel corso delle riunioni della Commissione finanze che ebbe a interessarsi in proposito, che è stato un esame che non ha affrontato l'intera materia, nel senso di valutare atto per atto l'operato dei dirigenti del-

la SALVAR-SAOM nel corso di questi anni. La parte finale della relazione dell'Assessore Fronza di questa mattina ha lasciato intendere questo, in quanto poi si è impegnato addirittura a render note al Consiglio altre informazioni, altre notizie ecc. ecc., dicendo addirittura che se ci saranno illeciti da colpire, sì, in presenza di un accertamento, questi saranno colpiti e così via. Allora, è bene che la Giunta, sia pure sul piano amministrativo, istituisca questa Commissione, che compia questi atti.

Perchè, dopo la discussione fin qui intervenuta, è ancora logico, è sostenibile questa nostra proposta? Sfrondiamo dall'apassionale o passionale dibattito tutte le parti più polemiche, sfrondiamole pure, e vediamo un po' la sostanza delle cose. Mi pare che sia giustificata questa nostra proposta, per i troppi interrogativi che anche la relazione dell'Assessore Fronza ha lasciato in questo Consiglio. Vede, Assessore Fronza, lei si è scandalizzato per due elementi di fondo che sarebbero venuti fuori dalla discussione: distorsione dei fini societari, e lei dice no, e il collega Kapfinger dice pure no, questa distorsione non sarebbe avvenuta. Ma basta leggere la legge regionale di partecipazione alla SALVAR! Quando si parla di valorizzazione delle acque oligominerali di Merano, non si parla di valorizzazione in senso generico, ma di valorizzazione mediante la costruzione dell'istituto termale. Questo non è avvenuto, per le ragioni che sappiamo, cioè non è avvenuto nei termini previsti e purtroppo solo parzialmente; perciò dobbiamo dire che almeno in parte questa distorsione è avvenuta. Lei si è scandalizzato dalla constatazione, più che accusa, di falsificazione dei bilanci — questo termine va inteso in senso lato, ovviamente. — Ma come si fa a non constatare che c'è una evidente

falsificazione dei bilanci, nei preventivi della SALVAR, ecc. Quando ci troviamo dinanzi a tutta una serie di dati? Ieri Ceccon è stato abbastanza esauriente al riguardo, e del resto la stessa relazione distribuita anni fa dall'Assessore Fronza e con la lettera del dott. Saltori, come sindaco della Regione nella SALVAR, era quanto mai chiara e sintomatica al riguardo; tutto questo lascia intendere che le cose, anche da un punto di vista di correttezza amministrativa, non siano state condotte nel senso giusto, secondo la legge, e così via.

Assessore Fronza, io vorrei porgli questi interrogativi; per esempio, si può dire che tutte le spese contenute nel bilancio di previsione sotto voci diverse, siano state motivate in modo corrispondente al vero, cioè al modo come poi è stata fatta la spesa? E i consuntivi, corrispondono alla verità? Cioè nel senso che tutte le spese siano state indicate nei consuntivi secondo la loro reale, corrispondente utilizzazione e in attinenza al bilancio di previsione? O non si è verificato il fatto che certe spese siano state caricate su certi articoli in luogo di altri? Guardi, non c'è da scandalizzarsi, non è la prima volta che questo avviene in bilanci di società per azioni. E da quanto si è sentito qui non è da escludere, e se non è da escludere si pone subito un interrogativo, codice alla mano. Questo di solito viene chiamato « peculato più o meno continuato per appropriazione », o « falso continuato in atti pubblici ». C'è addirittura, nella sua relazione fatta due anni fa, l'evidente distorsione di una delibera del consiglio di amministrazione della SALVAR, da parte del Presidente della SALVAR stessa e amministratore unico della SAOM, impiegando ingenti somme per la SAOM che il consiglio di amministrazione aveva stabilito per la SALVAR. Come la vuol configurare questa azione, ai sensi del codice?

Poi, da quanto io ho sentito ieri ad opera del collega Ceccon, il peculato continuato per distrazione è possibile identificarlo? Io non lo so, è un accertamento chiaro, minuzioso, atto per atto, che può arrivare ad accertare o meno questo eventuale reato. Cioè: denaro speso per favorire persone o istituzioni che non ne avevano il diritto. Questo sarebbe « peculato continuato per distrazione ». Stipendi per consulenze tecniche non attribuiti propriamente la società o i fini della società: questo è un reato che rientra nel peculato continuato per distrazione. Idem: attività editoriali dubbie. Idem: certe pubblicità, dal momento che c'è una pesante dichiarazione fatta a diversi consiglieri dal sindaco di Merano, secondo lui non si sa dove sono andate a finire decine di milioni. Atti non necessari nè utili allo sviluppo dell'Ente: anche questo rientra nel peculato continuato per distrazione. Sia ben chiaro, forse sono più forti i termini che la sostanza dei fatti e delle cose, però questo bisogna accertarlo. Dalle discussioni finora intervenute, uno di noi, io per esempio, si può porre l'interrogativo: c'è stato o non c'è stato in questo senso qualche atto non completamente lecito? Interessi privati in atti di ufficio? Da escludere? Rapporti di lavoro e finanziamenti fra persone loro legate da vincoli di amicizia, sono da escludere? Questo se fosse avvenuto comporterebbe la configurazione di un reato, interessi privati in atti di ufficio.

Signor Assessore e signori colleghi, molti interrogativi sono legittimi dopo la discussione intervenuta proprio in questo Consesso e tenendo conto di tutti i precedenti. Il meno che si può fare quindi, ho concluso, è la nomina da parte della Giunta regionale di una sua commissione, che compia l'accertamento che chiediamo. Se la Giunta regionale si tro-

verà in presenza di accertamenti di reati o illeciti o violazioni di leggi, compierà l'ulteriore passo di interessare debitamente la Magistratura.

Finisco col dire questo: noi ribadiamo ancora una volta, signori, che ci interessa che venga fatta luce, soprattutto per il futuro nella SALVAR, cioè per il futuro di questa opera, che, lo ribadiamo una ennesima volta ancora, vogliamo che venga sollecitamente portata a termine, per il bene di Merano, perchè questa città ha realmente bisogno di un'opera di questo genere, che ne cambi tutta la fisionomia futura dal punto di vista turistico ed economico. E per questo sollecitiamo la presentazione del disegno di legge, che da tanto tempo si attende, in ordine all'aumento del capitale azionario da parte della Regione, ma al tempo stesso chiediamo che venga fatta luce su una situazione che ha portato una così grave perdita finanziaria e anche a un così grave disdoro per Merano e per le istituzioni autonomistiche, per gli Enti che in questa società sono impegnati. Dov'è questo sadismo tanto declamato e decantato dagli altri colleghi, Kapfinger ad esempio, questa mattina? Chiedere l'accertamento di una verità che ancora non è tale, almeno rappresentata.

Al Collega Odorizzi direi che io ho più la nausea a interessarmi di queste cose, per quello che è avvenuto realmente nella SALVAR, che per quanto è stato discusso giustamente nel Consiglio regionale. Si potrà valutare criticamente la posizione di questo gruppo, di questo consigliere, questo è legittimo in tutti noi, ma parlare di nausea in ordine al dibattito, guardi, io spero che sia stato un lapsus sartriano, me lo permetta — la nausea di Sartre è abbastanza celebre al riguardo — perchè se così non fosse dovrei leggermi il mio amato Molière, e leggermi alcune pagine

di una sua celebre opera « Le Tartufe », ad esempio: ne troverei di che confortarmi oggi, dinanzi a certe prese di posizioni, reticenti e quanto mai di opposizione a qualsiasi saggia proposta, che purtroppo in questo Consesso non sono mancate.

Quindi la nausea per quello che si vuole è avvenuta, dove sono state abbastanza chiaramente identificate responsabilità personali, ma anche responsabilità politiche, di cui questo dibattito è, in parte almeno, un'appendice.

PRESIDENTE: La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Io vorrei premettere, signor Presidente, una considerazione su quello che è stato l'intervento, la relazione per meglio dire, che l'Assessore competente in questo settore ha fatto a nome della Giunta. Non direi che essa è stata insoddisfacente, anche se non ha toccato tutti quegli interrogativi e tutti quei casi e quei fatti che nel corso del dibattito sono stati da altri consiglieri avanzati e proposti. Mi pare però di poter dire, per quel che mi riguarda un po' l'ordine dei nostri lavori, non quello regolarmente, ma il modo migliore, che se la Giunta regionale qualche volta non si mettesse su quella posizione di difesa ostile che ha nel momento in cui da parte delle minoranze vengono fatte certe interrogazioni, e premettesse essa le sue dichiarazioni e il modo in cui essa Giunta vede e considera le situazioni che sono oggetto del dibattito, come del resto avviene in sede parlamentare, molti degli inconvenienti e molta perdita di tempo potrebbero essere evitati. Perchè se noi avessimo potuto discutere, invece che sulla relazione fatta da consiglieri, ai quali, come ho detto altre volte, noi possiamo prestare tutta la nostra fiducia, ma evidente-

mente non hanno a loro disposizione i mezzi e gli strumenti per le indagini compiute; potremmo discutere su quella che è la relazione ufficiale fatta dalla Giunta e sulla quale la Giunta si impegna con la propria responsabilità, il discorso potrebbe essere indubbiamente anche più sereno e più limpido. Se, per esempio, mi è dispiaciuto qualche cosa dell'intervento del collega Kapfinger, non è stato tanto il fatto — che è stato poi smentito dall'Assessore competente —, di aver voluto riferirsi ad una deliberazione determinante della Giunta al periodo in cui io ne facevo parte, mentre è stato detto che è stata assunta nel periodo precedente, quanto l'aver condito questa sua affermazione rimproverandomi di aver lanciato ieri delle accuse qui dentro. Non è mio costume, l'ho detto in altri momenti, giudicare prima di conoscere, ed io invito il collega Kapfinger a vedere dai verbali se è vero o non è vero che ieri parlando sull'emendamento Ceccon ho detto: se la Giunta non dimostrerà che quanto ha detto Ceccon è completamente insostenibile, io voterò l'emendamento Ceccon; se invece darà una risposta soddisfacente, voterò contro.

Mi sono astenuto sull'emendamento Ceccon, perchè debbo dire la verità, la Giunta non è che abbia indotto in me uno stato di convinzione assoluta da indurmi a votare contro l'emendamento Ceccon, però ha risposto in parte ad alcune cose e ha risposto in parte non in modo insoddisfacente. Ma accuse, collega Kapfinger, ieri dalla mia bocca non ne sono uscite, nè ieri, nè gli altri giorni, e la invito a vedere il testo stenografico se lei non crede alla mia affermazione o non ricorda bene. E la stessa cosa che mi pare di poter dire alla Giunta — cioè che forse sarebbe stato opportuno che avesse premesso questa sua relazione —, mi si consenta di dirlo an-

che al collega Kapfinger, il quale ha parlato evidentemente come parte interessata. Perché non ha preso la parola prima? Perché non è venuto qui a confortarci del suo modo di vedere le cose, con quella semplicità con cui l'ha fatto oggi? Meglio sarebbe stato se l'avesse fatto prima.

Detto questo, debbo aggiungere che l'emendamento proposto ora dai colleghi che l'hanno firmato non mi soddisfa in pieno, però mi pare una logica conseguenza di quello che è stato il corso delle discussioni. Che cosa ha obiettato a nome del gruppo di maggioranza l'avv. Odorizzi, tesi che è stata poi ripresa dall'Assessore competente? Si sono schierati, e anche giustamente, dobbiamo riconoscerlo, dietro l'esistenza di determinate norme del codice civile, che regolano la vita delle società per azioni. Però rimane sempre il fatto, anche credendo alle parole dell'Assessore — e io non ho motivo per non credere, anche se ho detto che molte delle affermazioni del collega Ceccon mi hanno turbato ieri e mi preoccupano ancora oggi — anche credendo che non ci siano degli illeciti penali, e accettando per buona questa affermazione rimane il fatto che l'Assessore ha qui dichiarato *expressis verbis*, che le cose sono andate male, anzi malissimo. Questo è stato il giudizio che l'Assessore a nome della Giunta ha dato di tutta questa operazione, nella quale la Regione ha investito un notevole numero di milioni, e ha anche indicato le cause di questo essere andata male; ha detto che il capitale liquido di 600 milioni era insufficiente a quelli che erano i progetti di impiego, di investimenti, di attività; ha dichiarato errato il sistema di portare avanti la SAOM, criticando aspramente le ingenti spese di pubblicità e di propaganda che sono state fatte e che non hanno avuto i

risultati che da esse ci si attendeva; ha detto che perciò si è avuta una perdita sempre crescente di capitali della SALVAR, che sono stati assorbiti dalla SAOM, fino alla cifra di 500 milioni. Ora questo, lasciamo stare l'illecito penale, ma è un giudizio estremamente negativo su tutta questa operazione; lasciamo stare l'illecito penale, ma noi abbiamo la responsabilità del denaro che è stato investito, una responsabilità ben maggiore, perchè se si trattasse di privati, ci rimettono il loro denaro, mentre qui ci rimettiamo il denaro di tutti, e la nostra responsabilità è estremamente maggiore.

E non voglio più scendere sulla esistenza di illeciti penali, accetto per il momento per buona l'affermazione della Giunta. Ma domando: che cosa si fa quando una società nella quale si è immesso capitale va male? Si aspetta l'ultimo momento, a vedere proprio il crollo definitivo e a tirare alla fine le conclusioni e a dire: va bene, ormai il danaro se ne è andato, pazienza. Non basta, signor Assessore, la sua affermazione, che criticare quando le cose vanno male è facile; d'accordo, sono convinto che è facile, però noi non possiamo schierarci dietro questa affermazione per dire: va bene, sono andate male, e adesso? Nessuno è arrivato, nessuno si è messo i soldi in tasca, nessuno ha mai versato il danaro pubblico, però il danaro pubblico è finito in questo modo. Specialmente non possiamo accettare, a mio avviso, questa posizione nel momento in cui la Giunta stessa ci preannuncia che ci porterà qui due disegni di legge per provocare interventi finanziari diretti, o indiretti, da parte della Regione; aumento di capitale, forse accensione di un mutuo, occorreranno naturalmente delle fidejussioni. Sono tutte cose che poi inevitabilmente si rifletto-

no nuovamente sulla Regione e sul danaro pubblico. E allora, vi da proprio fastidio, signori della Giunta, il fatto che le esaminiamo anche noi queste situazioni? D'accordo, dice l'avv. Odorizzi: non possiamo dare al Consiglio regionale gli atti che con l'emendamento Ceccon erano stati chiesti. E mi sarebbe forse sembrata la cosa più semplice se si fosse potuto superare questo ostacolo di natura legale del codice civile. Voi dite che non si può. Il socio chi è, è la Regione? I diritti di socio la Regione, con l'attività della Giunta, li può far valere, avrà il diritto di vedere tutte queste carte, sì o no? Perché prima di rivolgerci ai sindaci, o prima di rivolgersi alla Magistratura, bisognerà che faccia questi accertamenti. Vi dispiace se assieme a voi tali accertamenti in *camera charitatis* — visto che qui è stato detto che si fanno sedute pubbliche e che non si possono sciorinare in pubblico gli atti interni di una società per azione —, vi dispiace se questi accertamenti li facciamo anche noi, assieme a voi? A me pare che se rifiutate una soluzione di questa natura, vi mettete veramente in una difficoltà morale, io non sono d'accordo con l'emendamento Nardin quando dice: affiancata da due esterni. No, signori, voi dovete valervi, se non in sedute pubbliche in sedute riservate, avete il dovere di consentire che anche noi mettiamo gli occhi dentro questa matassa. E, ripeto, io trattengo fino a questo momento il giudizio, e non faccio nè osanna nè crucifige, perchè non ho potuto vedere; ho potuto sentire una tesi da una parte e una tesi dall'altra, ma mi piace vedere la realtà della documentazione. Ma se ci allontanate anche da questo, allora, consentitemi di dire, signori della Giunta, che vi mettete veramente in una posizione moralmente difficile. Ho sentito parlare del rinnovo del consiglio di am-

ministrazione, che dovrebbe avvenire in questi giorni.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): E' quello dell'ente Terme.

CORSINI (P.L.I.): Ho compreso male, perchè altrimenti mi sarebbe venuta spontanea la domanda di dire: anche quegli illeciti penali non esistono, nel momento in cui si vede che un consiglio di amministrazione porta a questa soluzione, ma amici, almeno la deliberazione di mutare gli amministratori e di cambiare gli amministratori, mi pare che questo sia il minimo della conseguenza che si dovrebbe tirare.

Io penso perciò che non ci sia motivo per respingere questa nuova richiesta da parte del Consiglio, in questo caso, diciamolo pure, da parte delle minoranze; penso anzi che se essa venisse accolta dalla Giunta, i firmatari della mozione potrebbero ritenersi soddisfatti, rimettendo i giudizi a dopo tali accertamenti, e non anticipandoli. E penso anche che la mozione, e questo sarebbe il mio consiglio, potrebbe essere ritirata, ove la Giunta accettasse l'impegno di farci vedere che cosa è bollito fino adesso nella pentola, e quale speranza abbiamo che con un mutamento di indirizzo, i nuovi sacrifici di danaro pubblico che dovremo fare per aiutare la situazione meranese, abbiano un miglior frutto di quello che hanno avuto fino ad ora.

Questo era il tenore di un mio ordine del giorno, poi ho visto che il regolamento non mi consente di presentarlo, ma comunque è la mia proposta: « il Consiglio regionale, preso atto delle dichiarazioni della Giunta regionale in merito alla SALVAR e alla SAOM, e dell'impegno assunto dalla Giunta stessa di accertare, valendosi dei diritti che la Re-

gione Trentino - Alto Adige ha nella sua qualità di socio, la reale situazione attuale e progressiva delle predette società; considerato che la Giunta regionale intende proporre nuovi interventi finanziari, diretti e indiretti, a favore delle predette società, invita la Giunta stessa ad affiancarsi una commissione consiliare composta di un membro di ciascun gruppo, per questo esame riservato ».

Non ditemi che il codice civile vi impedisce che nel momento in cui voi Giunta esaminate questi atti interni, non possiate far sedere allo stesso tavolo anche altri uomini, verso i quali voi siete responsabili, perchè non dimentichiamoci che la responsabilità della Giunta oltre che fuori, è anche tutta quanta verso il Consiglio, verso di noi.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon, per venti minuti.

PREVE CECCON (M.S.I.): Sarò breve, Presidente, non li adopero tutti.

Dopo aver ascoltato le risposte che molto cortesemente l'Assessore Fronza ha dato ai nostri interrogativi, ed essermi accorto che avrei ancora molto e molto da navigare nel mare della conoscenza, se mi dovessi affermare al gavitello che lei ha voluto gettare stamane nelle sue acque, mi permetterò di ricapitolare taluni temi che mi son permesso di scrivere per proterglieli poi consegnare, certo che una risposta a questi interrogativi lei la vorrà dare, in quanto sono interrogativi precisi, che riguardano la vita della società, riguardano i bilanci della società.

Primo: nel verbale del consiglio di amministrazione che accompagna il bilancio SALVAR 1960, si parla di un mutuo alla SAOM di 200 milioni, e poi si cita un mutuo alla stessa per un importo di 154.026.961 lire.

Io le chiedo quale è l'importo esatto e di che cosa si tratta, quando il consiglio di amministrazione fa di queste cose decisive. Le chiedo poi con quale criterio e per quali considerazioni il consiglio della SAOM ha ridotto di oltre 121 milioni le spese di avviamento-impianto sul bilancio 1963, giudicando la cifra esposta nel 1962 « sproporzionata e impossibile da recuperare », quando proprio lo stesso consiglio e proprio nel 1962 aveva incrementato tale voce di 100 milioni netti: sbagliava nel 1962 o sbagliava nel 1963, o sbaglia oggi? E se sbagliava nel 1962, on. Assessore, la perdita di quella annata non è più di 48 milioni, bensì di 148 milioni. Giustificate allora tale perdita più che doppia di quella del 1961, anno di piena allegria amministrativa.

Altra domanda. I Sindaci, nella relazione 1963, giudicano la svalutazione delle spese di avvio ancora inadeguate, con elenco firmato Corradini. Che cosa dice il verbale dei sindaci? « Ci è parso doveroso rilevare che le svalutazioni operate dal consiglio di amministrazione su talune voci dell'attivo, meritavano maggior adeguamento ». Sono d'accordo, i sindaci, che si è svalutato poco. Allora, se i sindaci che nella relazione del 1963 giudicano la svalutazione delle spese d'avvio ancora inadeguate, perchè non dissero una sola parola nel 1962, quando non di svalutazione si parlò, ma addirittura di un aumento di 100 milioni? Sbagliavano i Sindaci nel 1962 o sbagliano oggi, dal momento che sono sempre gli stessi?

Altra domanda. Poichè il consiglio SAOM ammette nella relazione 1963 che oltre 37 milioni di interessi passivi e oltre 11 milioni di sopravvenienze passive sono riferibili ai bilanci precedenti, sotto quali voci erano stati registrati detti importi nei precedenti bilanci? E ancora: in quale voce del bilancio SAOM

1960 figurano le famose spese di avviamento? E anche i sindaci autorizzarono a rinviare quella perdita agli esercizi successivi, che scoppiarono dal 1961, per oltre 262 milioni? E quali spese figurano in effetti sotto tali voci? Altra domanda. Come è possibile che nel 1963, a fabbrica ridimensionata, senza amministratori unici e sotto rinnovata direzione, con riduzione di organico e quindi di spese, si sia venduto per 102 milioni il prodotto che è costato 158 milioni? Quando nel primo anno di gestione, 1960, in tempo di piena allegria amministrativa, il bilancio dichiara che i costi furono inferiori ai ricavi: 148.900.000 contro 149 milioni? Dal che in quell'anno si ebbero 100.000 lire di utile, e nel 1963 invece la perdita pura della gestione supera i 50 milioni. Erano veritieri i costi di produzione dal 1960, o sono fasulli anche quelli del 1963?

Ed ho finito con la serie delle domande, che spero lei vorrà soddisfare con una risposta esatta, in quanto nella sua relazione odierna si è dimenticato che su questi temi io avevo impostato il mio intervento di ieri. E voglio precisarle un'altra cosa, on. Assessore, a sostegno di quella che è la richiesta presentata dall'emendamento di cui stiamo discutendo, un richiamo al codice civile. Voi lo avete invocato il codice civile, il tabù è il testo sacro, noi impariamo tutto, non solo la lingua italiana, dal codice civile, ma anche i doveri che incombono agli amministratori, alle assemblee dei soci e ai membri del collegio dei revisori. Orbene, on. Assessore, che cosa dice l'art. 2424 del codice? Parla del contenuto del bilancio, e configura come questo contenuto del bilancio debba essere rispettato e riportato nel documento contabile; dice quali sono le voci che richiedono specificazione, che richiedono la cifra. Orbene, l'art. 2424 conclude con un

semplicissimo periodo, una brevissima proposizione, dice: « Sono vietati i compensi di partite ». Mi sa dire perchè nei bilanci SAOM le perdite sono inserite fra gli utili da ammortizzare? Non è proibito dal codice? Non tutte, parte, d'accordo; quella parte perchè, in dispregio del codice, è inserita fra gli utili da ammortizzare, perchè? E passiamo al successivo art. 2425. Si è disquisito stamane qui dentro sulla differente impostazione nella valutazione dei criteri che bisogna avere quando si deve sistemare una determinata spesa nel bilancio; si è detto qui a lungo, si è discusso che erano contrari fra di loro i sindaci, che venne riferito alla Giunta. On. Assessore Fronza, è possibile disquisire in questa materia sui criteri di valutazione? Ci sono scuole diverse? Ci sono indirizzi diversi? Non avete detto che il codice civile è il nostro testo, e all'art. 2425 il codice civile non fissa forse i criteri di valutazione? Che sono quelli che sono, e nessuno si può permettere di individuare degli altri, di crearne di nuovi e di diversi. Come si può parlare, e dire, e giustificare, diversa collocazione nel bilancio di quella prevista per le voci dal codice civile, proprio all'art. 2425? Non è violazione di una disposizione di legge? Dico di sì, è violazione.

E passiamo al successivo articolo, il 2426; che cosa dice? Dice, parlando delle partite relative a più esercizi, « Le spese di impianto e di avviamento che non trovano contropartita nella parte attiva indicata nell'art. 2427, possono estinguersi con il consenso del collegio sindacale, mediante ammortamenti attuati entro un periodo non superiore a cinque anni ».

On. Assessore, non è stato ammortizzato niente dopo tre anni; in tutti i bilanci non si trova questa voce, come è prescritta dal codice civile.

E il 2427, non parla forse del valore di avviamento? E che cosa dice? Dice: « L'avviamento può essere iscritto nell'attivo del bilancio soltanto quando è stata pagata una somma a tale titolo nell'acquisto della azienda alla quale si riferisce, e per un importo non superiore al prezzo pagato ». Questo dice, è precisa enunciazione, precisa disposizione; mi sa dire se questo è il caso della SAOM? No, evidentemente, è stato costruito tutto, fatto tutto, mattone su mattone, non si è acquistato niente, e allora perchè c'è la voce? Perchè esiste nel bilancio se il codice civile prescrive che non si metta, o detta le condizioni entro le quali essa voce può essere messa?

Sono interrogativi che meritano una risposta, perchè nascono dalla analisi dei bilanci. E anche a questi, io penso, voi vorrete dare ampia soddisfazione, e capisco che ci si opponga alla distribuzione di quei documenti da noi richiesti, lo capisco. Comunque guardi, on. Assessore, c'è sempre una valvola di sicurezza anche per gli on. consiglieri. E' l'art. 2457 di questo codice civile che parla del deposito dei libri sociali, dove dice: « Compiuta la liquidazione, la distribuzione dell'attivo o il deposito indicato nell'art. 2455, i libri della società devono essere depositati e conservati per dieci anni presso l'ufficio del registro delle imprese, e chiunque può esaminarli anticipando le spese ».

Parlo dei libri sociali: anticiperemo le spese, ci comporteremo da privati cittadini, ma andremo a vedere i libri sociali, andremo a vedere questi documenti che ci interessano.

Quindi, on. Assessore, non v'ha dubbio che il discorso uscito dalla porta entrerà dalla finestra, e la ringrazio fin d'ora delle cortesie risposte che mi vorrà dare, non adesso immagino, perchè non avrei questa pretesa, ma quando lei sarà in condizione di farlo.

PRESIDENTE: Chi prende la parola? La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): Signor Presidente, a nome del nostro gruppo pregherei la Presidenza di voler concedere una brevissima sospensione per una seduta del gruppo consiliare.

PRESIDENTE: Qualche obiezione? La sospensione è accordata. (Ore 12.25).

Ore 12.32.

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al capogruppo della D.C., cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Signori consiglieri, il gruppo della D.C. si è ritirato brevemente per esaminare la nuova situazione che si è venuta a creare durante la discussione della famosa mozione, in seguito alla presentazione dell'ulteriore emendamento fatta da parte del cons. Nardin. L'atteggiamento del nostro gruppo, già fin dall'inizio della discussione, è stato molto fermo, molto preciso, su alcune questioni che noi riteniamo di principio e sulle quali non ci sembra di poter transigere.

Questa è stata la ragione, ieri documentata da parte del cons. Odorizzi, per la quale abbiamo votato contro il primo punto, o primo emendamento, come lo si voglia chiamare, che prevedeva l'impegno da parte della Giunta di consegnare al Consiglio gli atti deliberativi della società. Ci siamo opposti, come altre volte in similari occasioni, perchè riteniamo che sia veramente fuori di quello che è previsto dal codice civile e che sia fuori anche da una buona norma di amministrazione. Perchè se accettassimo questo principio evidentemente la partecipazione degli enti pubblici a società per azioni private, diventerebbe sempre pro-

blematica. A fianco di questo atteggiamento è stato anche, soprattutto da parte della Giunta, chiaramente assunto l'altro atteggiamento, di dire: noi non intendiamo coprire eventuali responsabilità di nessuno, assolutamente. E' logico che diventa facile per le opposizioni dire: ma, fanno la questione di principio perchè non vogliono, viceversa, arrivare al merito. Vorremmo precisare qui, e penso che in una discussione abbastanza serena si possa essere d'accordo: no, sulle questioni di principio, anche proprio per i precedenti che possono rappresentare, non ci pare di dover accedere, anche se sappiamo evidentemente che questo ci può esporre, come ci ha esposti, alla critica, soprattutto da parte del cons. Nardin e anche da parte di altri, che questo atteggiamento sia un atteggiamento strumentale e finalizzato unicamente al fatto di non voler arrivare all'accertamento di eventuali responsabilità.

Quindi, questo è stato l'atteggiamento che abbiamo preso, che io personalmente ieri ho preso con una certa decisione, anche di fronte alla questione procedura, questione che viene ritenuta molto poco importante dalla stessa opinione pubblica, come vediamo dai giornali di oggi, che considerano queste questioni non solo di secondaria importanza ma addirittura quasi una seccatura. Mentre viceversa è da ritenere, almeno questa è la nostra opinione, che la certezza del come si svolge il dibattito, la certezza per l'oggi e per il domani, è una delle prime e principali regole che una assemblea come la nostra deve dare. Quindi questa è l'interpretazione che bisogna dare e non è il caso, ritengo, neanche da parte della stampa, se mi è consentito, di liquidarle così, come una volontà del Consiglio di perdersi inutilmente in discussioni, che viceversa hanno la loro importanza. Perchè, scusate la paren-

tesi — ho già avuto modo di dirlo quando abbiamo concluso la discussione del bilancio di quest'ultimo esercizio finanziario — quando un organismo come il nostro impiega, per ragioni che fundamentalmente sono di natura procedurale, e non per colpa di nessuno, impiega sei mesi nella discussione dello strumento fondamentale di amministrazione dell'organo esecutivo, significa che quell'ente non è efficiente, non c'è dubbio, e quindi le regole della discussione sono molto importanti e le questioni di principio sono importanti.

Detto questo, perchè mi sembra doveroso il precisarlo per una esatta valutazione dell'atteggiamento assunto dalla Giunta e assunto dal gruppo della D.C., ora diciamo che di fronte all'ultimo emendamento presentato la situazione evidentemente è mutata. Cioè ci pare che non ci troviamo più neanche noi in quella difficoltà di dover, per accedere alla proposta della opposizione o dei proponenti, superare questioni che per noi erano di principio e di buona, regolare amministrazione, perchè con questo nuovo emendamento in sostanza si chiede che la Giunta faccia uscire, in un certo senso, la discussione su tutta questa questione SALVAR dall'ambiente accalorato politicamente del Consiglio, che la affidi ad una commissione di esperti, all'interno della quale si dice: anche noi minoranze desideriamo poter fare una indicazione di persone che riteniamo obietive, che riteniamo capaci ed in grado di darci delle garanzie, che esamini complessivamente tutta la vicenda, al fine di accertare se ci sono responsabilità di natura penale da dover eventualmente differire all'autorità giudiziaria.

Di fronte a questa proposta, noi, la D.C., riteniamo che si possa accedere. Cioè, superata la difficoltà di dover portare i documenti in Consiglio per una discussione in sede politica su questioni che certamente sono di natura

tecnica, che sono di natura svariata, (quello ci pare sbagliato), ci sembra che la cosa possa essere esaminata da una commissione di esperti, con la partecipazione, ripeto, di persone di gradimento delle opposizioni. Questo ci pare certamente di doverlo accettare, perchè una buona volta sia chiaro che l'atteggiamento nostro non vuole e non è mai portato a coprire responsabilità, se ci sono.

Quello che noi abbiamo voluto evitare era che si volessero affermare responsabilità senza una sufficiente cognizione, o anche senza una cognizione sufficientemente obiettiva, perchè riteniamo logico il sollevare la questione in sede politica, ma che poi anche la discussione del merito di argomenti di questo tipo possa esser fra di noi serena e possa svilupparsi anche con quella tranquillità, con quella obiettività, anzi con quella tecnica che evidentemente è necessaria ad esaminare una situazione che in ogni caso è completa. Superato questo, a me pare che una proposta di questo tipo possa essere accettata.

Ripeto ulteriormente: accettiamo questa proposta proprio per dimostrare che a noi e alla Giunta non interessa affatto coprire nessuno, nè cose, nè uomini od altro; ci preme solo che il giudizio finale di deferimento, di denuncia o che so io, non avvenga solo alla fine di un dibattito che più o meno, ripeto, è accalorato, che può essere anche inficiato involontariamente da una non sufficiente cognizione, ma che avvenga invece a ragion veduta, e credo che questa garanzia in una commissione di esperti, così come è stata proposta, sia seria e che sia sufficientemente di garanzia e per la Giunta e per i gruppi consiliari, che oltretutto l'hanno proposta.

Pertanto noi accetteremo questa proposta, così come è stata formulata ed anche così come è stata, non dico illustrata, ma perlomeno

come è stata interpretata da qualcuno degli altri consiglieri che hanno parlato, nel senso che chiudiamo definitivamente in questa sede la vicenda della discussione della mozione. Se la Giunta accetta questa proposta, i proponenti, come hanno dichiarato, possono ritirare la mozione. Poi la Giunta costituisca questa commissione e includa due esperti, non direi due esperti delle minoranze, perchè in quanto ad esperti bisogna presumere che l'aspetto fondamentale, la veste fondamentale è che siano due esperti di gradimento, cioè indicati dalle opposizioni, perchè non credo che sia questione di colore, è questione di fiducia. Quindi due esperti che vengano indicati dalle opposizioni, o dalle minoranze come dir si voglia. E con questa formula mi pare che si possa responsabilmente, da parte del Consiglio e da parte della Giunta regionale, chiudere questa discussione con tranquillità per tutti ed anche con tranquillità per l'opinione pubblica.

PRESIDENTE: Chi prende la parola?
La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Non ho capito bene dall'intervento del collega Kessler che cosa debba significare il ritiro della mozione. Se si ritira la mozione non rimane niente, se non delle parole, mentre bisognerà che ci sia una deliberazione. Volete questo: « Il Consiglio regionale del Trentino - Alto Adige delibera — cancelliamo le premesse — di impegnare la Giunta a nominare ecc. ecc. »? Un documento ci vuole, sia pure ridotto all'essenziale, con quanto è stato proposto in questo emendamento. Tutto il resto cade, sia gli emendamenti proposti al punto 2 ecc., sia il testo originario della mozione, e anche la premessa, cioè il puro disposto di deliberazione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Mi pare giustificato qualche documento, qualche atto, che trovi anche la figura nel regolamento, se è necessario. Noi siamo d'accordo esattamente in questi termini: il testo di questa mozione, in un certo senso un po' modificato, o sostitutiva di quella iniziale, la possiamo firmare anche noi.

PRESIDENTE: Mi pare che sia stato raggiunto un accordo generale su quest'ultima proposta, che dovrebbe suonare così: « Il Consiglio regionale delibera di impegnare la Giunta a nominare una commissione di cui facciano parte due rappresentanti proposti dai gruppi consiliari di opposizione nel Consiglio regionale, avente il compito di compiere un esame su tutti gli atti e le deliberazioni della SALVAR».

La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Ci sono alcuni aspetti sui quali desidererei fare delle precisazioni. Le dichiarazioni dell'Assessore Fronza di questa mattina mi sembra siano state molto esplicite ed abbiano chiarito come anche da parte della Giunta un approfondimento in sede tecnica ed in sede amministrativa, l'approfondimento dei molti temi che sono stati proposti, delle vicende della vita di questa società, si va facendo da tempo. Evidentemente certe conclusioni la Giunta non le aveva tirate, non ravvisando obiettivamente negli elementi che sono in suo possesso, i motivi che altrove invece erano indicati come sufficienti. Per questo accertamento un gruppo di tecnici è al lavoro, e io ritengo di dare questa interpretazione alla deliberazione e alla proposta, conseguente all'atteggiamento del grup-

po della D.C., condiviso poi dagli altri, perchè, se non vado errato, si va delineando una forma di unanimità attorno a questa deliberazione. A sottolineare il fatto che la Giunta regionale — esplicitamente lo ha dichiarato, ma comunque lo vuol dimostrare anche coi fatti — non intende coprire le responsabilità nè avvallare situazioni di disagio, si avvia una forma di collaborazione attraverso l'indicazione di due persone, evidentemente in grado di poter esprimere un giudizio valido, una forma di collaborazione con la opposizione, perchè quanto avviene nell'ambito della società abbia da sè constatato e produca stati di convinzione in tutti quanti, in modo da non lasciare ombre.

Questo è l'obiettivo, questo è il significato politico che io dò a questo assenso, e che a nome della Giunta io dò alla mozione che viene presentata.

In questo senso c'è un solo aspetto, che voglio ancora sottolineare. Ci sono dei rappresentanti della Regione nell'ambito del consiglio d'amministrazione: desidero dichiarare che almeno per conto nostro, ma penso di interpretare anche il pensiero del Consiglio, questa ricerca, questo approfondimento del tema, non suona motivo di sfiducia verso i rappresentanti della Regione nell'ambito del consiglio di amministrazione. Non dimentichiamo fra l'altro che uno di questi rappresentanti siede attualmente in Consiglio regionale. Lo desidero precisare, perchè il tema non deve essere allargato, il tema deve essere circoscritto esattamente a quello che si è detto, ad una indagine esatta, ad una ricerca di motivi su quella che è stata l'azione amministrativa lungo questi anni.

Quindi non un atto di sfiducia nei confronti di questi rappresentanti, che eventualmente saranno i primi a collaborare affinché

questo lavoro possa essere fatto in maniera più completa e più precisa.

Ritengo che questo possa essere sufficientemente precisato in quanto, e concludo, non è intenzione della Giunta di proporre nulla che abbia a turbare l'economia di Merano, la quale in gran parte vive anche su attività che fanno capo alla SALVAR. Quindi l'obiettivo che ci si propone è quello di creare dei motivi di chiarificazione nell'ambito della situazione attuale, per andare verso proposte concrete, perchè la SALVAR abbia a continuare a sopravvivere nell'interesse della economia meranese in particolare. Quindi un desiderio costruttivo, per un'azione sul piano economico, un'azione sul piano indirettamente anche sociale, che la SALVAR può e deve compiere per gli interessi politici, per quel complesso di ragioni che sono note a tutti. Con questo obiettivo un approfondimento potrà essere utile, diventa più impegnativo per noi il dire che ravvisati dei motivi di certezza, domani — ma questo domani non deve essere molto lontano — la SALVAR potrà proseguire con ulteriori operazioni, delle quali si parlerà evidentemente in questo Consiglio, perchè l'economia di Merano — e questo ci tengo a precisarlo —, non abbia a subire del disagio in

questa presente situazione. Quindi un atto che vuole essere globalmente positivo.

PRESIDENTE: Poniamo ai voti la mozione che abbiamo testè preletta. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: la mozione è approvata.

Passiamo al seguente punto dell'ordine del giorno: dimissioni del consigliere regionale Guido Benedetti.

TANAS (P.S.D.I.): Signor Presidente, io volevo fare la proposta se poteva sospendere i lavori.

PRESIDENTE: Guardi, cons. Tanas, la cosa non è molto semplice, perchè lei sa che dopo dobbiamo proclamare un altro Consigliere, e se prenderà la parola in un modo o nell'altro i lavori del Consiglio si protrarranno. Qui c'è solo da prendere atto.

Sembra che la maggioranza del Consiglio sia d'accordo di rinviare: mi adeguo alla maggioranza e rinviemo. Prima, se consentono, dò comunicazioni.

Il Consiglio si radunerà di nuovo i giorni 15, 16, e 17 del corrente mese.

La seduta è tolta.

(Ore 13.15).

